

A1 Für eine humane Flüchtlingspolitik - Abschiebungen nach Afghanistan umgehend stoppen

Antragsteller*in: Landesvorstand, Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt)

Antragstext

- 1 Wir bayerischen Grüne stehen für eine rechtsstaatlich faire und humanitär
2 verantwortliche Flüchtlingspolitik. Wir kritisieren, dass sich die bisherige
3 Abschiebep Praxis in Bayern insb. nach Afghanistan durch Härte und politische
4 Inszenierung statt durch Humanität und Differenziertheit auszeichnet.
- 5 Begleitet von bundesweiten Protesten hat die Bundesregierung im Dezember 2016
6 begonnen, Menschen nach Afghanistan abzuschicken. Die CSU-Staatsregierung
7 beteiligt sich an vorderster Stelle an den Sammelabschiebungen. Bei den
8 bisherigen drei Sammelabschiebungen kamen 23 der insgesamt 77 abgeschobenen
9 Afghanen aus Bayern. Ohne die Unterstützung durch Kirchengemeinden in
10 Kirchenasyl wären es weit mehr Flüchtlinge aus Bayern gewesen.
- 11 Wir kritisieren es aufs Schärfste, dass Menschen, die seit Jahren hier lebend,
12 gut integriert sind und für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen, aber auch
13 junge Flüchtlinge, die als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu uns kamen,
14 abgeschoben werden, in ein Land, das nicht sicher ist. Afghanistan ist kein
15 sicheres Land- für Niemanden und verfügt auch nicht über einzelne sichere
16 Regionen. Abschiebungen nach Afghanistan sind inhuman und unverantwortlich. Eine
17 solche Politik auf dem Rücken von Schutzsuchenden ist ein perfides Symbol, das
18 Menschenrechte und die Werte unseres Grundgesetzes mit Füßen tritt und rechte
19 Ressentiments bedient.
- 20 Wer nach Afghanistan abschiebt, gefährdet Leib und Leben der Betroffenen.
- 21 Für eine humane Flüchtlingspolitik müssen deshalb folgende Punkte dringend
22 verändert werden:
- 23 **Bundesregierung muss Sicherheitslage neu, seriös und realistisch bewerten**
- 24 Trotz der Tatsache, dass in Afghanistan Krieg herrscht, dass monatlich viele
25 Zivilist*innen sterben und dass sich die Situation in der vergangenen Zeit im
26 ganzen Land dramatisch verschlechtert hat, verweist die Bundesregierung auf
27 vermeintlich „sichere“ Gebiete in Afghanistan und auf angebliche
28 „innerstaatliche Fluchtalternativen“. Eine Stellungnahme des UNHCR zur Situation
29 in Afghanistan vom Dezember 2016 stellt jedoch klar, dass das gesamte
30 Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt
31 erschüttert ist und keine sicheren Gebiete innerhalb des Landes ausgemacht
32 werden können.
- 33 Wir fordern den Bundesaußenminister daher auf, umgehend die längst überfällige
34 Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan vorzunehmen und so die
35 Voraussetzungen für ein Ende der derzeitigen inhumanen Abschiebep Praxis zu
36 schaffen. Bei der Überprüfung müssen die Erkenntnisse des UNHCR und der vor Ort
37 tätigen Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz Berücksichtigung finden. Die
38 Bundesregierung steht in der Pflicht, gerade bei so instabilen Staaten wie
39 Afghanistan die Sicherheitslage kontinuierlich und gewissenhaft zu überprüfen.

40 Wir begrüßen es, dass Grüne in den Landesregierungen schriftlich das Auswärtige
41 Amt dazu aufgefordert haben, seine Sicherheitseinschätzung zu Afghanistan zu
42 korrigieren. Mehr als zynisch ist es, wenn der Bundesinnenminister meint, die
43 Anschläge in Afghanistan zielten nur auf Staatseinrichtungen und nicht auf die
44 Zivilbevölkerung. Bei den Anschlägen auf Gerichte, Krankenhäuser,
45 Bildungseinrichtungen, Rotes Kreuz und auch Polizeidienststellen ist die
46 Zivilbevölkerung das erste Opfer. 12.500 zivile Opfer gab es allein im letzten
47 Jahr. Das Rote Kreuz verlor kürzlich bei einem Anschlag sechs Mitarbeiter und
48 hat seither seine Arbeit in Afghanistan ausgesetzt.

49 Die falsche Lagebeurteilung führt nicht nur zu vielen Ablehnungen beim BAMF, die
50 falsche Lagebeurteilung führt zu verhängnisvollen Abschiebeentscheidungen der
51 Innenminister der Länder. Über 24.000 afghanische Asylsuchende allein hier in
52 Bayern haben derzeit größte Sorge, dass ihre Asylgründe nicht anerkannt werden.
53 Die Angst vor Abschiebung in eine extrem unsichere Zukunft ist unter den
54 Afghanen sehr groß.

55 Während früher die Anerkennungsquote afghanischer Geflüchteter um die 70% lagen,
56 waren sie im Januar nur noch bei ca. 45%, davon 17% allein subsidiär. Die
57 Vorgaben des Bundes wirken sich bereits aus. Wir brauchen dringend eine
58 Neubewertung der Sicherheitslage durch das Außenministerium.

59 **Keine Kopplung Rücknahmeabkommen gegen Finanzhilfen**

60 Über 12 Jahre lang hat es aus gutem Grund einen Abschiebestopp nach Afghanistan
61 gegeben. Es ist klare Grüne Position, diesen wieder in Kraft zu setzen. Erst ein
62 Rückübernahmeabkommen der Bundesregierung mit der afghanischen Regierung war
63 Grundlage dafür, Geflüchtete wieder nach Afghanistan abzuschicken.

64 Für uns bayerische GRÜNE sind solche Rückübernahmeabkommen, die die
65 Rückübernahme von Staatsbürgern zur Voraussetzung einer entwicklungspolitischen
66 Zusammenarbeit machen, ein Tabubruch. Diese Kopplung von
67 Entwicklungszusammenarbeit und Rückkehrabkommen diskreditiert die
68 Entwicklungszusammenarbeit, entzieht ihr ihre Glaubwürdigkeit und ist der Anfang
69 vom Ende einer menschenrechtsbasierten Asyl- und Flüchtlingspolitik

70 **Bayern muss humanitären Handlungsspielraum nutzen und Abschiebungen aussetzen**

71 Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf, ihre humanitären
72 Handlungsspielräume beim Vollzug der Abschiebeentscheidungen konsequent zu
73 nutzen. Bayern muss dem Beispiel einzelner Bundesländer wie Schleswig-Holstein
74 folgen und einen Abschiebestopp bis zu drei Monaten erlassen.

75 Kirchen, Wirtschaft und die vielen Menschen, die sich in Helferkreisen für die
76 Flüchtlinge in Bayern engagieren stehen auf unserer Seite - für eine humane
77 Flüchtlingspolitik und eine verantwortungsvolle Integration aller
78 Schutzsuchender:

79 Die Landesbischöfe der beiden großen christlichen Kirchen, Heinrich Bedford-
80 Strohm und Reinhard Marx, sprechen sich klar gegen Abschiebungen nach
81 Afghanistan aus. Das begrüßen wir nachdrücklich.

82 Über 1.000 Menschen nahmen an einer bayernweiten Sternfahrt von
83 Flüchtlingshelferkreisen teil und demonstrierten gegen die inhumane Asylpolitik
84 der CSU-Staatsregierung und gegen ihre Abschiebep Praxis nach Afghanistan. Diese
85 Bürgerinnen und Bürger zeigen auf großartige Weise Menschlichkeit und engagieren
86 sich, um Integration zu ermöglichen. Doch die Staatsregierung blockiert die

87 Unterstützung von Integration, wo sie nur kann. Sie tritt alle
88 Integrationsbemühungen der Geflüchteten, der Ehrenamtlichen und der Wirtschaft
89 mit Füßen.

90 **Drohbrief des Sozialministeriums muss umgehend zurückgenommen werden**

91 Nicht hinnehmbar ist es, wenn das bayerische Sozialministerium in einem
92 Schreiben an die Träger der Asylsozialberatung diesen einen Maulkorb in der
93 Beratungsarbeit verpasst und mit der Kürzung von Fördermitteln droht, sollten
94 diese die von Abschiebung Betroffenen weiter über Bleibemöglichkeiten und
95 weitere Rechtsmittel gegen die drohende Abschiebung informieren. Die
96 Einrichtungen haben sogar die Pflicht, Betroffenen umfassende Hilfestellung zu
97 geben. Wir bayerische Grüne fordern die sofortige Rücknahme dieses Schreibens.

98 **Integrationsleistung anerkennen**

99 Es ist wirtschaftsfeindlich, Flüchtlinge, die sich gut integriert haben,
100 abzuschieben. Viele bayerische Unternehmen bilden Flüchtlinge aus oder stellen
101 sie als Fachkräfte an. Arbeit und Ausbildung eröffnet den Flüchtlingen
102 Perspektiven. Die Ausbildungsgarantie im neuen Bundesintegrationsgesetz (3+2-
103 Modell) hatte zum Ziel, Flüchtlingen und ausbildungswilligen Betrieben die
104 nötige Rechts- und Planungssicherheit zu geben. Diese Regelung wird von der CSU-
105 Regierung in Bayern systematisch unterlaufen. Das ist nicht hinnehmbar und
106 erschüttert das Vertrauen in Zusagen auf Bleibeperspektiven für Geduldete. Wir
107 fordern von der CSU-Staatsregierung, die Ausbildungsgarantie endlich auch in
108 Bayern rechtskonform anzuwenden. Ein Drittel der Auszubildenden mit
109 Fluchthintergrund und viele Geflüchtete mit einer Ausbildungszusage sind aus
110 Afghanistan.

111 Flüchtlinge, die seit Jahren hier leben, hier arbeiten und gut integriert sind,
112 müssen ein Bleiberecht erhalten. Die Fallzahlen in Bayern im Vergleich zu
113 anderen Bundesländern sprechen eine deutliche Sprache: andere integrieren
114 Flüchtlinge – Bayern tut das nicht.

115 **Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass:**

- 116 • **alle rechtlichen Möglichkeiten zur Erteilung eines Bleiberechts aktiv**
117 **genutzt werden;**
- 118 • **Abschiebungen nach Afghanistan in Bayern umgehend ausgesetzt werden;**
- 119 • **eine Neubewertung der Sicherheitslage vorgenommen wird und ein**
120 **bundesweiter Abschiebestopp nach Afghanistan erlassen wird;**
- 121 • **keine Rückübernahmeabkommen sowohl auf Bundesebene als auch auf**
122 **europäischer Ebene mit Afghanistan geschlossen werden.**